

# Ringen um Okinawa

## Japan: Neu erstarkende Friedensbewegung protestiert gegen Militarisierung und die US-Stützpunkte im Land

Von Kim Chi Luu

In Japan wehren sich immer mehr Menschen gegen einen von der gegenwärtigen Rechtsregierung geplanten Abschied vom Friedensgebot in der Verfassung. Zuletzt versammelten sich am Freitag allein vor dem Parlament in Tokio rund 10.000 überwiegend junge Menschen, um gegen Aufrüstung, Kriegstreiberei und Waffenexporte zu protestieren. Wie die Tageszeitung *Asahi Shimbun* festhielt, gab es am selben Tag in ganz Japan an 150 Orten Friedensdemonstrationen.

Diese Entwicklung ist nicht neu. In den vergangenen Monaten haben sich in Japan zahlreiche Antikriegsproteste formiert. Dabei spielt die Inselgruppe Okinawa eine besondere Rolle: Seit Jahrzehnten mobilisieren Bewohner der südlichen Präfektur bereits gegen die dort befindlichen US-Militärbasen. Immer wieder versperren Aktivisten mit Sitzblockaden die Zufahrten zu den Stützpunkten und trotzen den Angriffen der Polizei. Videos solcher Aktionen haben seit langem in den sozialen Netzwerken Verbreitung gefunden.

Am 16. März ereignete sich dabei ein schwerer Unfall. Bei einer Protestaktion gegen die Verlegung des US-Stützpunkts Futenma in den Küstenort Henoko kenterten zwei Boote. Eine 17jährige Schülerin und der 71jährige Kapitän eines der beiden Schiffe kamen dabei ums Leben. An Bord der beteiligten Boote befanden sich insgesamt 21 Menschen, die im Rahmen eines Friedensbildungsprogramms an der Aktion teilnahmen. Der genaue Unfallhergang wird von den lokalen Behörden noch untersucht.

Während die Zentralregierung in Tokio und die USA weiterhin an der Verlegung nach Henoko festhalten, wächst vor Ort der Frust über die fortgesetzte militärische Nutzung Okinawas. Zugleich bleibt der Protest nicht länger auf die Inselgruppe begrenzt. In Städten wie Tokio, Osaka oder Nagoya richten sich die Protestzüge mit ihren mitunter mehrere zehntausend Teilnehmern nicht nur gegen eine mögliche weitere Aufrüstung Japans, sondern explizit auch gegen die enge sicherheitspolitische Anbindung an die USA und die anhaltende Militärpräsenz auf Okinawa. Transparente mit Forderungen nach einem Stopp des US-Imperialismus und dem Abzug der Basen verweisen direkt auf die Situation im Süden.

Der Widerstand speist sich nicht nur aus abstrakter Militarismuskritik, sondern aus sehr konkreten Erfahrungen: Lärm durch Tiefflüge, Umweltbelastungen, Unfälle mit Militärmaschinen und vor allem und immer wieder Gewalttaten durch US-Soldaten. Ins kollektive Gedächtnis eingebrannt hat sich vor allem

ein Fall von 1995, als drei US-Soldaten eine zwölfjährige Schülerin vergewaltigten und landesweite Empörung auslösten. Auch in den vergangenen Jahren sorgten Fälle von sexualisierter Gewalt immer wieder für neue Proteste.

Die Gegenwehr hat eine lange Tradition: Bereits in den 1950er Jahren organisierten sich die Bewohner gegen Landenteignungen für neue Militäranlagen. Der sogenannte »Island-wide struggle« (inselweiter Kampf) von 1956 mobilisierte etwa ein Viertel der Bevölkerung, ein historischer Massenprotest, der bis heute als Bezugspunkt dient.

Okinawa war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst unter direkter US-Verwaltung geblieben und wird von einigen Aktivisten bis heute als faktisch besetztes Gebiet betrachtet. Tatsächlich macht die Inselgruppe nur 0,6 Prozent der Landesfläche Japans aus, beherbergt jedoch mehr als 70 Prozent der in Japan stationierten US-Militäranlagen. Aufgrund ihrer Lage zwischen Japan, China, Taiwan und den Philippinen gilt die Inselkette als zentraler Baustein der US-Militärstrategie im Indopazifik.

Okinawa ist in Japan seit Jahrzehnten ein Brennpunkt des Widerstands. Doch auf dem Festland wurden die Kämpfe der Bevölkerung lange durch die Regierung verdrängt oder als Randthema behandelt.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/523556.japan-ringen-um-okinawa.html>*